



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 5 1 - 0 0 1 7  
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung Bezirkssozialarbeit, Schaffung von Trainer- und Springerstellen

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent/in

G o ß m a n n

Bürgermeister

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 3.713.226,47  
 in %: 1,2

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2017	Personalkosten	114.525,00	114.525,00	- €	1300178	630098	Personalkosten Amt 51
	X	2017	Arbeitsplatz-kosten	16.166,67	16.166,67	- €	1300178	680000	Arbeitsplatzkosten
	X	2017				130.691,67			Überleitung 2016 nach 2017 für die Ämter 50_51
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>130.691,67</b>	<b>130.691,67</b>	<b>130.691,67</b>			

	X	2018 ff	Personalkosten	274.860,00	274.860,00	- €	1300178	630098	Personalkosten Amt 51
	X	2018 ff	Arbeitsplatz-kosten	38.800,00	38.800,00	- €	1300178	680000	Arbeitsplatzkosten
<b>Summe Folgekosten:</b>				<b>313.660,00</b>	<b>313.660,00</b>	<b>- €</b>			

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Der komplexe Arbeitsbereich der Bezirkssozialarbeit (BSA) ist von anhaltend hoher Personalfuktuation betroffen. Mit der Schaffung von 2 Springerstellen wird die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs in der BSA insbesondere im Bereich des Kinderschutzes unterstützt. Zur Entlastung der Beschäftigten der BSA insbesondere bei der Einarbeitung neuer Beschäftigter sowie der Einführung eines EDV-Fachverfahrens werden 2 Trainerstellen geschaffen.

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
  - 1.1 Die Aufgabenwahrnehmung in der Bezirkssozialarbeit ist qualitativ und quantitativ - insbesondere wegen des dort angesiedelten Aufgaben des Kinderschutzes und des staatlichen Wächteramts - ein dauerhaft hochbelasteter Arbeitsbereich. Diese Belastung lässt sich u.a. an der kontinuierlich steigenden Zahl der Gefährdungseinschätzungen ablesen; sie wurde auch in den Ergebnissen der Mitarbeitendenbefragung deutlich.
  - 1.2 Für eine aufgabenangemessene personelle Ausstattung kann bisher nicht auf ein Personalbemessungsinstrument zurückgegriffen werden, mit dem sich verändernden Aufgabenmengen Rechnung getragen werden kann. Es ist angestrebt, ein solches Instrument nach Beendigung der Einführung des EDV-Fachverfahrens für die BSA zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen.
  - 1.3 Die Personalfuktuation in der BSA nimmt stetig zu. 2015 unterlagen 15% aller Bezirke der BSA (12 Personen) einer personellen Veränderung, 2016 waren 16,25% (13 Personen) betroffen, 2017 sind bereits bis heute 17 Bezirke von Personalfuktuation betroffen.
  - 1.4 Trotz i.d.R. direkter Freigabe der Nachbesetzung entstehen durch das Nachbesetzungsverfahren regelhaft Vakanzen, die sich im Jahr 2016 auf einen Umfang von 2,72 ganzjährig fehlenden VZÄ summiert haben.
  - 1.5 Als Folge steigt der Vertretungs- und der Einarbeitungsaufwand für die verbleibenden Beschäftigten. Aus mehreren regionalen Arbeitsgruppen wurden Überlastungsanzeigen gestellt, auf die nur durch temporäre Umverteilung und Absenkung von Bearbeitungsstandards i.S. von Notlösungen reagiert werden konnte.
  - 1.6 Die bevorstehende Einführung eines EDV-Fachverfahrens zur Unterstützung der Arbeitsprozesse anhand definierter fachlicher Standards sowie der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Dokumentation wird zunächst zu Mehraufwand bei allen Bezirkssozialarbeiter\*innen führen und dauerhaft Aufgaben der Einarbeitung und des fachlichen Supports erzeugen.
  - 1.7 Der Jugendhilfeausschuss hat mit Beschluss vom 29.03.2017 die Notwendigkeit der sofortigen Bereitstellung von zusätzlich 2 Springer- und 2 Trainerstellen für die BSA bekräftigt.

2. Es wird beschlossen:
- 2.1 Im Sachgebiet 510301 BSA werden 2 zusätzliche Stellen TVöD S 14 für den Einsatz als Springer sowie 2 zusätzliche Stellen TVöD S 15 als Trainerstellen zur Unterstützung der Einarbeitung ab dem 01.07.2018 geschaffen.
- 2.2 Um kurzfristig die notwendige Entlastung im Sachgebiet 510301 zu schaffen, wird die Ausschreibung und Besetzung dieser Stellen vorab des Beschlusses der StVV und vorab des Stellenplans 2018 genehmigt.
- 2.3 Für die neu zu schaffenden Stellen aus Punkt 2.1 fallen jährlich Personalkosten von 274.860 € € (in 2017: 114.525 €) und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 38.000 €(in 2017 16.167 €) an.
- 2.4 Die Mehrkosten werden für 2017 aus der Überleitung von 2016 nach 2017 gedeckt.
- 2.5 Zur teilweisen Kompensation der Mehrkosten ab 2018 wird dauerhaft auf die Nachbesetzung der im Frühjahr 2018 freiwerdenden Stelle der Schwangerenkonfliktberatung bei 510304 verzichtet.
- 2.6 Für die Mehrkosten aus den Punkten 2.2 und 2.3 (insgesamt 313.660 € jährlich) stehen in 2018 ff keine weiteren Deckungsmöglichkeiten im Rahmen des Budgets des Amtes 51 zur Verfügung.
- 2.7 Dez. II/51 wird die Mehrkosten in der Haushaltsplanung 2018/2019 außerhalb des Orientierungsrahmens als weiteren Bedarf anmelden.
- 2.8 Die haushaltstechnische Umsetzung erfolgt direkt zwischen Dez. VII/20 und Dez. II/51.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

### II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

Der Anteil weiblicher Fachkräfte in der Bezirkssozialarbeit ist stets sehr hoch mit der Folge eines hohen Elternzeit- und Teilzeitbedarfs, dieser Faktor erhöht die Personalfluktuatun zusätzlich zu den Faktoren Arbeitsbelastung und altersbedingte Fluktuatun.

Bereits jetzt gestaltet sich die Nachbesetzung von Stellen in einem herausfordernden Arbeitsfeld zunehmend schwierig. Die Verbesserung der Arbeitssituation ist zur Personalgewinnung und insbesondere Personalbindung dringend erforderlich, um die Aufgabenwahrnehmung im Kinderschutz und staatlichen Wächteramt auch weiterhin gewährleisten zu können.

### III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

**IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

**V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, . 2017

51

Enders (3076)

51.4 dezentrale  
Steuerungsunterstützung  
(4261/bu)

Goßmann  
Bürgermeister